

Niederschrift über die 17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen

Sitzung am :	Dienstag, den 30.03.2021
Sitzungsort:	Festhalle, Großer Saal

Beginn: 15:30 Uhr **Ende:** 21:40 Uhr

Anwesenheit:

Von 43 stimmberechtigten Mitgliedern des Stadtrates sind 30 ständig anwesend.

Vorsitzender: Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer

Stimmberechtigtes Mitglied

Andre Bindl
Dieter Blechschmidt
Ingo Eckardt
Thomas Fiedler
Tony Gentsch
Sven Gerbeth
Alexandra Glied
Stefan Golle
Lars Gruber
Ronny Hering

Stimmberechtigtes Mitglied

Daniel Herold
Eric Holtschke
Tobias Kämpf
Kerstin Knabe
Prof. Dr. Lutz Kowalzik
Thomas Mahler
Juliane Pfeil
Danny Przisambor
Petra Rank
Mirko Rust

Stimmberechtigtes Mitglied

Thomas Salzmann
Jörg Schmidt
Gerald Schumann
Sabine Schumann
Maik Schwarz
Uta Seidel
Gerd Steffen
Bernd Stubenrauch
Diana Zierold

Zeitweise Anwesende:

Zeitweise anwesend sind 5 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied

Mario Dieke
Steve Lochmann
Tobias Rüdiger
Frank Schaufel
Stephan Schulze

während TOP

zeitweise anwesend ab TOP 3.6.
zeitweise anwesend bis TOP 4.33.
zeitweise anwesend ab TOP 3.4.
zeitweise anwesend ab TOP 4.
zeitweise anwesend bis TOP 3.34.

Abwesende:

Abwesend sind 6 stimmberechtigte Mitglieder des Stadtrates.

Stimmberechtigtes Mitglied

Oliver Bittmann
Dirk Brückner
Claudia Hänsel
Thomas Haubenreißer
Rico Kusche
Monika Mühle
Andrè Schatz
Prof. Dr. Dirk Stenzel

Abwesenheitsgrund

entschuldigt (krank)
entschuldigt (krank)
entschuldigt (krank)
entschuldigt (Urlaub)
entschuldigt (dienstlich)
entschuldigt (krank)
abwesend
entschuldigt (krank)

Mitglieder der Verwaltung

<u>Name</u>	<u>Funktion</u>	<u>Anwesenheit</u>
Herr Zenner	Bürgermeister Geschäftsbereich I	zu allen TOP
Frau Wolf	Bürgermeisterin Geschäftsbereich II	zu allen TOP
Herr Brückner	Leiter Büro Oberbürgermeister	zu allen TOP
Frau Göbel	Fachdienstete für das Finanzwesen	zu allen TOP
Herr Scheibner	Leiter Rechnungsprüfungsamt	zu allen TOP
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	zu allen TOP
Frau Blume-Brake	Leiterin Fachgebiet Personal/Organisation	zu allen TOP
Herr vom Hagen	Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung	öffentlicher Teil
Frau Fischer	Leiterin Kulturbetrieb	öffentlicher Teil
Herr Grasse	Leiter Fachbereich Zentrale Dienste	öffentlicher Teil
Herr Schäfer	Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport	öffentlicher Teil
Herr Nickel	Leiter Fachgebiet Gesamthaushalt	öffentlicher Teil
Herr Pöcker	Leiter Fachgebiet Brandschutz	öffentlicher Teil

Weitere Sitzungsteilnehmer/Gäste:

von den Fraktionsgeschäftsstellen:

Frau Lorenz, CDU-Fraktion	zu allen TOP
Frau Pietschmann, FDP-Fraktion	zu allen TOP
Frau Koch, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion	zu allen TOP
<u>Vertreter der Presse</u>	öffentlicher Teil
<u>Vertreter des Seniorenbeirates</u>	bis TOP 3.5.

Tagesordnung – öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.1. Tagesordnung
 - 1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 02.02.2021
 - 1.3. Beantwortung von Anfragen
 - 1.4. Informationen des Oberbürgermeisters
2. **Information**
 - 2.1. Information über eine Umbesetzung im Aufsichtsrat des Unternehmens Stadtwerke-Strom Plauen GmbH & Co. KG
Drucksachenummer: 0343/2021
3. **Beschlussfassung**
 - 3.1. Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern
Drucksachenummer: 0328/2021
 - 3.2. Entsendungswiderruf und Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Plauener Straßenbahn GmbH (PSB)
Drucksachenummer: 0344/2021
 - 3.3. Wahl des Stellvertreters eines weiteren Vertreters der Stadt Plauen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Sparkasse Vogtland
Drucksachenummer: 0345/2021
 - 3.4. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 nach § 88b Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)
Drucksachenummer: 0325/2021
 - 3.5. Änderung § 4, § 8 und § 18 der Hauptsatzung
Drucksachenummer: 0242/2020
 - 3.6. Satzung zur 6. Änderung der Entschädigungssatzung
Drucksachenummer: 0301/2020
 - 3.7. Grundstücksverkehr (Verkauf Gewerbegebiet Schöpsdrehe)
Drucksachenummer: 0330/2021

- 3.8. Mitgliedschaft der Stadt Plauen im Institut der Rechnungsprüfer - IDR e. V.
Drucksachennummer: 0340/2021
- 3.9. Vertrag zur Regelung der Stiftung, Verleihung und Finanzierung des „e.o.plauen Preises“ und des „e.o.plauen Förderpreises“ zwischen der Stadt Plauen und der e.o.plauen-Gesellschaft e. V.
Drucksachennummer: 0306/2020
- 3.10. Wirtschaftsplan des Kulturbetriebes der Stadt Plauen für das Jahr 2021
Drucksachennummer: 0329/2021
- 3.11. Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 0299/2020
- 3.12. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Albertplatz 2, 3 und 4 in Plauen
Drucksachennummer: 0336/2021
- 3.13. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Jöbznitzer Straße 17 in Plauen
Drucksachennummer: 0337/2021
- 3.14. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes Jöbznitzer Straße 13 und 15 in Plauen
Drucksachennummer: 0338/2021
- 4. Haushaltssatzung 2021/2022**
Drucksachennummer: 0347/2021
- 4.1. Antrag 208-21 - FDP-Fraktion
- 4.2. Antrag 104-20 - CDU-Fraktion
- 4.3. Antrag 113-20 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.4. Antrag 132-20 - CDU-Fraktion
- 4.5. Antrag 157-20 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.6. Antrag 177-21 - FDP-Fraktion
- 4.7. Antrag 194-21 - Fraktion DIE LINKE
- 4.8. Antrag 161-20 - CDU-Fraktion
- 4.9. Antrag 167-21 - CDU-Fraktion
410. Antrag 175-21 - FDP-Fraktion
- 4.11. Antrag 186-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.12. Antrag 165-21 - Ortschaftsrat Neundorf
- 4.13. Antrag 166-21 - CDU-Fraktion
- 4.14. Antrag 168-21 - CDU-Fraktion
- 4.15. Antrag 169-21 - CDU-Fraktion
- 4.16. Antrag 207-21 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)
- 4.17. Antrag 187-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.18. Antrag 170-21 - CDU-Fraktion
- 4.19. Antrag 171-21 - CDU-Fraktion
- 4.20. Antrag 173-21 - CDU-Fraktion
- 4.21. Antrag 174-21 - CDU-Fraktion
- 4.22. Antrag 176-21 - FDP-Fraktion
- 4.23. Antrag 178-21 - FDP-Fraktion
- 4.24. Antrag 179-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.25. Antrag 180-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.26. Antrag 181-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.27. Antrag 182-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.28. Antrag 183-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.29. Antrag 184-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.30. Antrag 185-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.31. Antrag 188-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.32. Antrag 189-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.33. Antrag 190-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.34. Antrag 191-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion
- 4.35. Antrag 192-21 - Fraktion DIE LINKE
- 4.36. Antrag 193-21 - Fraktion DIE LINKE
- 4.37. Antrag 195-21 - Fraktion DIE LINKE
- 4.38. Antrag 197-21 - Fraktion DIE LINKE

- 4.39. Antrag 200-21 - AfD-Fraktion
- 4.40. Antrag 201-21 - AfD-Fraktion
- 4.41. Antrag 204-21 - AfD-Fraktion
- 4.42. Antrag 205-21 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)
- 4.43. Antrag 206-21 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)
- 4.44. Antrag 210-21 - Fraktion DIE LINKE
- 5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 17. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Oberbürgermeister Oberdorfer eröffnet und geleitet.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass bereits im Vorfeld der heutigen Sitzung einige Haushaltsanträge von den Fraktionen zurückgezogen wurden. Er wird dies konkret zu den betreffenden Tagesordnungspunkten mitteilen.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist vorsorglich darauf hin, dass die **heutige Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen auf Mittwoch, 31.03.2021, 18:00 Uhr, im Großen Saal der Festhalle fortgesetzt wird**, falls gemäß § 3 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen bis 22:00 Uhr nicht alle Tagesordnungspunkte behandelt werden konnten.

Weiterhin weist Oberbürgermeister Oberdorfer darauf hin, dass die derzeit geltenden Vorgaben bezüglich der Corona-Pandemie dringend einzuhalten sind. Das heißt u. a., dass alle Anwesenden im Saal eine medizinische Maske bzw. eine FFP2 Maske während der gesamten Sitzung tragen müssen. Ausnahme hierzu gilt für die jeweiligen Redner/innen.

Mit Einverständnis des Stadtrates werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, und Stadträtin Sabine Schumann, AfD-Fraktion bestellt.

Oberbürgermeister Oberdorfer bedankt sich an dieser Stelle bei Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, für 30 Jahre kommunalpolitische Mitarbeit im Stadtrat der Stadt Plauen. Er überreicht eine entsprechende Urkunde und ein Präsent.

1.1. Tagesordnung

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, stellt folgenden Geschäftsordnungsantrag:

Die Verwaltungsvorlage unter TOP 3.5. „Änderung § 4, § 8 und § 18 der Hauptsatzung“, Drucksachenummer: 0242/2021, soll von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden.

Es solle noch einmal versucht werden, 2 Mitglieder des Stadtrates für die Mitarbeit im Seniorenbeirat der Stadt Plauen zu finden.

**Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen; 20 Nein-Stimmen
Der Geschäftsordnungsantrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.
Beschluss-Nr.: 17/21-1**

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, beantragt, die Tagesordnungspunkte 4.13 und 4.21. hintereinander zu behandeln, da sie inhaltlich zum gleichen Thema gehören.

Oberbürgermeister Oberdorfer nimmt sich dieses Antrages an und wird so verfahren.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 02.02.2021

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über den öffentlichen Teil der 15. Sitzung des Stadtrates der Stadt Plauen am 02.02.2021 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

keine offenen Anfragen aus der letzten Stadtratssitzung

1.4. Informationen des Oberbürgermeisters

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt folgende Benennung von Mitgliedern der AfD-Fraktion im Bildungs- und Sozialausschuss bekannt:

Mitteilung der AfD-Fraktion zur Benennung von stimmberechtigten Mitgliedern in Ausschüssen

Bildungs- und Sozialausschuss

Stimmberechtigtes Mitglied (bisher): Stadtrat Steve Lochmann

Stimmberechtigtes Mitglied (neu): Stadtrat Frank Schaufel

2. Information

2.1. Information über eine Umbesetzung im Aufsichtsrat des Unternehmens Stadtwerke-Strom Plauen GmbH & Co. KG

Drucksachennummer: 0343/2021

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt folgende Umbesetzung im Aufsichtsrat der Stadtwerke - Strom Plauen GmbH & Co. KG zur Kenntnis:

neu: Stadtrat Ronny Hering

bisher: Stadtrat Steve Lochmann.

3. Beschlussfassung

3.1. Abberufung und Neuberufung von sachkundigen Einwohnern

Drucksachennummer: 0328/2021

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen **beruft** Herrn Matthias Weiser als sachkundigen Einwohner im Wirtschaftsförderungsausschuss gemäß § 18 Abs. 1 Pkt. 4 SächsGemO **ab**.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-2

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen beruft Frau Elisabeth Zabel auf Vorschlag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion als sachkundige Einwohnerin in den Verwaltungsausschuss.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-3

3.2. Entsendungswiderruf und Neuentsendung der Mitglieder des Aufsichtsrates der Plauener Straßenbahn GmbH (PSB)

Drucksachenummer: 0344/2021

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen widerruft die Entsendung von Frau Ute Göbel als vom Oberbürgermeister benannte Bedienstete der Verwaltung, Herrn Stadtrat Dirk Brückner, Frau Stadträtin Sabine Schumann, Herrn Stadtrat Klaus Jäger, Herrn Stadtrat Thomas Fiedler und Herrn Andreas Fries (Arbeitnehmervertreter der PSB) als Mitglieder des Aufsichtsrates der Plauener Straßenbahn GmbH.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-4

2. Der Stadtrat der Stadt Plauen bestimmt im Wege der Einigung Frau Ute Göbel als vom Oberbürgermeister benannte Bedienstete der Verwaltung, Herrn Stadtrat Dirk Brückner / CDU-Fraktion, Frau Stadträtin Sabine Schumann / AfD-Fraktion, Frau Stadträtin Claudia Hänsel / Fraktion DIE LINKE., Herrn Stadtrat Thomas Fiedler / SPD/Grüne/Initiative-Stadtratsfraktion und Herrn Andreas Fries als Arbeitnehmervertreter der PSB widerruflich als Mitglieder des Aufsichtsrates der Plauener Straßenbahn GmbH.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-5

3.3. Wahl des Stellvertreters eines weiteren Vertreters der Stadt Plauen in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Sparkasse Vogtland

Drucksachenummer: 0345/2021

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen wählt **Herrn Stadtrat Daniel Herold** zum Stellvertreter der weiteren Vertreterin der Stadt Plauen, Frau Stadträtin Uta Seidel, in die Verbandsversammlung des Zweckverbandes für die Sparkasse Vogtland.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-6

3.4. Verzicht auf die Aufstellung eines Gesamtabschlusses für die Haushaltsjahre 2021 und 2022 nach § 88b Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO)

Drucksachenummer: 0325/2021

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, für die Jahre 2021 und 2022 auf einen Gesamtabschluss nach § 8b SächsGemO zu verzichten und stattdessen den Beteiligungsbericht nach § 99 Abs. 2 und 3 SächsGemO in bisheriger Form beizubehalten sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen auch weiterhin wie bisher nach der Eigenkapitalspiegelmethode in der Bilanz der Stadt Plauen auszuweisen.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-7

3.5. Änderung § 4, § 8 und § 18 der Hauptsatzung

Drucksachenummer: 0242/2020

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet um Beachtung des zur Vorlage ausgereichten Änderungsblattes mit einem geänderten Beschlussvorschlag.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, spricht sich eindringlich gegen die Abschaffung des Seniorenbeirates aus. Er schlägt vor, noch einmal zu versuchen, 2 Mitglieder des Stadtrates für die Teilnahme am Seniorenbeirat zu suchen. Weiterhin schlägt er vor, die Hauptsatzung dahingehend zu ändern, dass nur 1 Mitglied des Stadtrates im Seniorenbeirat mitwirken soll.

Gleichzeitig bittet Stadtrat Gerbeth den neuen Oberbürgermeister oder die neue Oberbürgermeisterin darum, dieses Thema erneut nach 6 Monaten auf die Tagesordnung des Stadtrates aufzunehmen.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, merkt an, dass man sich über die Teilnahme bzw. Zusammensetzung des Seniorenbeirates mittlerweile seit über einem Jahr beschäftigt, ohne zu einem Ergebnis gekommen zu sein.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, ist ebenfalls der Meinung, dass dieses Thema eingehend diskutiert wurde. Sie unterstützt die Idee der Bildung einer Arbeitsgemeinschaft Senioren. Ebenso könne zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal darüber nachgedacht werden, doch wieder einen Seniorenbeirat zu bilden.

Stadträtin Seidel fragt nach, warum Herr Ludwig Bergmann als Vorsitzender des derzeitigen Seniorenbeirates nicht zu dieser Stadtratssitzung eingeladen wurde.

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass die Einladung erfolgt sei. Da Herr Bergmann krank ist, nimmt Herr Wolf-Rüdiger Ruppin als sein Stellvertreter an der heutigen Stadtratssitzung teil.

Gleichzeitig bedankt sich Oberbürgermeister Oberdorfer an dieser Stelle herzlich für die geleistete Arbeit des Seniorenbeirates.

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des § 18 der Hauptsatzung gemäß Artikel 1 der anliegenden Änderungssatzung.
2. Der Stadtrat beschließt, als Ersatz für den Seniorenbeirat eine Arbeitsgruppe zu bilden.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen; 3 Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-8

3.6. Satzung zur 6. Änderung der Entschädigungssatzung
Drucksachenummer: 0301/2020

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert den Inhalt der Vorlage und ruft im Anschluss den Antrag, **Reg. Nr. 212-21**, von Stadtrat Tony Gentsch, fraktionsloser Stadtrat, zur Abstimmung auf.

Stadtrat Tony Gentsch, fraktionsloser Stadtrat, erläutert den Inhalt seines Antrages. Die durch den Beschlussvorschlag eingesparten Gelder sollen den Läden/Geschäften zu Gute kommen, die aufgrund der Corona-Krise nicht öffnen dürfen, z. B. durch einen Gutschein für eine kostenlose Standard-Werbeanzeige in den „Plauener Stadtnachrichten“ (siehe auch Antrag, Reg. Nr. 213-21HH2021).

Beschluss:

§ 2 Aufwandsentschädigung - 2. bei Stadträten a) als monatlicher Grundbetrag in Höhe von 70,00 EUR. In den Monaten April bis Dezember 2021 und Januar bis März 2022, entfällt der Grundbetrag in Höhe von 70,00 EUR.

Abstimmungsergebnis: 3 Ja-Stimmen; 18 Nein-Stimmen; 13 Stimmenthaltungen
Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.
Beschluss-Nr.: 17/21-9

3.7. Grundstücksverkehr (Verkauf Gewerbegebiet Schöpsdrehe)

Drucksachenummer: 0330/2021

Herr Sorger, Wirtschaftsförderer der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen genehmigt, das Flurstück 1326, Gem. Kauschwitz, mit einer Größe von 2.781 m² im Gewerbegebiet Schöpsdrehe zum Preis von 83.430,00 EUR antragsgemäß an das Unternehmen NED Water TEC GmbH für 30,00 EUR/m² zu veräußern und es hierzu rechtsaufsichtlich genehmigungsfähig bis zur Gesamtinvestitionssumme zu verpfänden.

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 17/21-11

3.8. Mitgliedschaft der Stadt Plauen im Institut der Rechnungsprüfer - IDR e. V.

Drucksachenummer: 0340/2021

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Mitgliedschaft der Stadt Plauen im Institut der Rechnungsprüfer – IDR e. V. zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 17/21-12

3.9. Vertrag zur Regelung der Stiftung, Verleihung und Finanzierung des „e.o.plauen Preises“ und des „e.o.plauen Förderpreises“ zwischen der Stadt Plauen und der e.o.plauen-Gesellschaft e.V

Drucksachenummer: 0306/2020

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert den Inhalt der Vorlage.
Gleichzeitig trägt Bürgermeister Zenner den geänderten Beschlussvorschlag vor.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die aktualisierte Fassung des Vertrages zur Regelung der Stiftung, Verleihung und Finanzierung des „e.o.plauen Preises“ und des „e.o.plauen Förderpreises“ zwischen der Stadt Plauen und der e.o.plauen-Gesellschaft e.V. Die Regelung unter § 2 Abs. 2 soll wie folgt ergänzt werden: „Die Altersgrenze schließt das 40. Lebensjahr ein.“

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 1 Stimmenthaltung

Beschluss-Nr.: 17/21-13

3.10. Wirtschaftsplan des Kulturbetriebes der Stadt Plauen für das Jahr 2021

Drucksachenummer: 0329/2021

Frau Kerstin Fischer, Leiterin des Kulturbetriebes der Stadt Plauen, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Kulturbetrieb der Stadt Plauen für das Jahr 2021
mit Erträgen in Höhe von 4.634.275,00 EUR und
mit Aufwendungen in Höhe von 5.028.396,00 EUR
somit einen Verlust in Höhe von 394.121,00 EUR im Erfolgsplan,
mit einem Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit in Höhe von 241.700,00 EUR,
mit einem Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit in Höhe von 19.500,00 EUR und
einem Mittelabfluss aus Finanzierungstätigkeit in Höhe von 0 EUR im Liquiditätsplan.

2. Der Gesamtbetrag der Kredite aus Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf 0 EUR festgesetzt.
3. Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird auf 0 EUR festgesetzt.
4. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 250.000,00 EUR festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 31 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; 3 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-14

3.11. Wirtschaftsplan 2021 des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen **Drucksachenummer: 0299/2020**

Herr Peter vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, erläutert den Inhalt der Vorlage.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, fragt zur möglichen Förderung von Einnahmeausfällen aus der Waldbewirtschaftung nach. Gleichzeitig bittet er zu prüfen, ob der Zuschuss der Stadt Plauen an den Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung für das Haushaltsjahr 2021/2022 um 100 TEUR gesenkt werden könnte.

Herr vom Hagen, antwortet, dass alle möglichen Förderungen beantragt und in Anspruch wurden. Es wurde eine Liste der Förderungsmöglichkeiten aufgestellt, die gern zur Verfügung gestellt werden kann. Zum großen Teil wurden die beantragten Mittel auch bereits bewilligt.

Herr vom Hagen betont, dass diese Fördereinnahmen nicht die Ausfälle aus der Waldbewirtschaftung kompensieren. Aus diesen Fördermitteln können nur die zusätzlichen Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Borkenkäfer (Transport und Zwischenlagerung von beschädigtem Holz) kompensiert werden. Es gibt keine Kompensation für den Ausfall von Erträgen, weil kein Holz vermarktet werden kann.

Herr vom Hagen führt weiter aus, dass bezüglich der Möglichkeit der Anpassung von Einnahmen (Erhöhung von Pachten) schon verschiedene Erhöhungen im Wirtschaftsplan einkalkuliert sind. Der Wirtschaftsplan ist so aufgestellt, dass die gesetzlich erforderliche Liquidität hergestellt ist. Sollte eine Reduzierung des Zuschusses vorgenommen werden, so würde dies automatisch zum Verlust der Liquidität führen.

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, eventuell für den nächsten Planungszeitraum eine Korrektur des Zuschusses vorzunehmen, wenn dies möglich ist.

Beschluss:

1. Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen für das Wirtschaftsjahr 2021 vorbehaltlich der Bestätigung der darin enthaltenen Zuschusszahlungen durch die Stadt Plauen im beschlossenen Haushaltsplan der Stadt Plauen,
 - mit Erträgen i. H. v. 23.043.508 EUR und Aufwendungen i. H. v. 22.822.136 EUR, somit mit einem Gewinn i. H. v. 221.372 EUR im Erfolgsplan,
 - mit einem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit i. H. v. 518.509 EUR, mit einem Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit i. H. v. 628.000 EUR und einem Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit i. H. v. 86.813 EUR im Liquiditätsplan.
2. Der Gesamtbetrag der Kredite für die Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen wird auf 235.000 EUR festgesetzt.
3. Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500.000 EUR festgesetzt.

Abstimmungsergebnis: 28 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen; 2 Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-15

**3.12. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes
Albertplatz 2, 3 und 4 in Plauen
Drucksachennummer: 0336/2021**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung der Maßnahme „Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am Gebäudekomplex Albertplatz 2, 3, und 4 in Plauen“.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-16**

**3.13. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes
Jößnitzer Straße 17 in Plauen
Drucksachennummer: 0337/2021**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung der Maßnahme „Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen am Gebäude Jößnitzer Straße 17 in Plauen“.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-17**

**3.14. Ersatz des Eigenanteiles der Stadt Plauen durch den Eigentümer des Grundstückes
Jößnitzer Straße 13 und 15 in Plauen
Drucksachennummer: 0338/2021**

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Übernahme des kommunalen Eigenanteiles in Höhe von 70 % durch den Eigentümer für die Bezuschussung der Maßnahme „Modernisierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen an den Gebäuden Jößnitzer Straße 13 und 15 in Plauen“.

**Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen; keine Nein-Stimmen; keine Stimmenthaltungen
Beschluss-Nr.: 17/21-18**

**4. Haushaltssatzung 2021/2022
Drucksachennummer: 0347/2021**

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert zum geplanten Ablauf bezüglich der Befassung zum Haushalt 2021/2022. Er bittet um Vortrag der Haushaltsreden der jeweiligen Fraktionsvorsitzenden.

Stadträtin Petra Rank, stellv. Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass unter den derzeitigen Umständen durch die Corona-Pandemie der Beschluss über einen einjährigen Haushalt evtl. besser gewesen wäre, da man nicht abschätzen könne, wie sich die Wirtschaftslage weiterentwickelt. Der vorgelegte Haushaltsplan sei nach Meinung der Fraktion DIE LINKE, „in einigen Punkten sehr positiv gerechnet“, obwohl Mindereinnahmen z. B. bei Kultureinrichtungen, bei Gewerbesteuern oder beim Bußgeld absehbar wären.

Auffällig sei auch, dass die Rücklagen im Jahr 2022 auf 1,75 Mio. EUR schmelzen und in den nächsten 5 Jahren ca. 32 Mio. EUR des Basiskapitals der Stadt Plauen verbraucht werden.

Bereits 2021 würde die kritische Marke von 850 EUR/Einwohner bei Krediten, die für eine rechtsaufsichtliche Genehmigung wichtig ist, überschritten.

Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE bestünde die Gefahr, dass die Rechtsaufsicht die Kreditaufnahme beschränkt und eine Haushaltskonsolidierung anordnet, wenn weitere Änderungen zum vorgelegten Haushaltsplan zugelassen werden, die über 200 TEUR hinausgehen.

Stadträtin Rank führt weiter aus, dass ihre Fraktion in den letzten Jahren immer wieder die Fördermittelpolitik von Bund und Land kritisiert hat. Es wird gefordert, die Kommunen mit eigenen Mitteln auszustatten, um selbst entscheiden zu können, wo und wann die Mittel eingesetzt werden sollen.

Kritisch wird auch das Projekt Modellkommune Plauen, u. a. die Dreifeldsporthalle mit 2.000 Sitzplätzen und die Erweiterung des Stadtbades gesehen. Nach Meinung von Stadträtin Rank gäbe es auch die Möglichkeit, die Eigenmittel der Stadt Plauen auf 2,5 Mio. EUR zu reduzieren. Der Bund würde dann zwar nur 22,5 Mio. EUR zahlen aber das Land würde bei der Förderung bleiben.

Stadträtin Rank spricht die derzeit laufende Digitalisierung von Schulen an. Diese wird zwar vom Land unterstützt aber die Folgekosten würden voraussichtlich wieder bei der Kommune hängen bleiben, ähnlich wie bei Lernmitteln.

Der Austritt aus dem Kulturraum ab 2022 sei nach Meinung der Fraktion DIE LINKE bei einem Doppelhaushalt wohl sinnvoll, allerdings sehe man auch die Nachteile, die ein solcher Austritt evtl. für die Kulturvereine sowie das Mitspracherecht der Stadt Plauen bringen könnte.

Hier geht der eindeutige Appell an die Kreisräte, die Finanzierung des Theaters zu klären, so dass mehr Geld für die anderen Kultureinrichtungen zur Verfügung steht.

Sehr bedenklich seien nach Meinung von Stadträtin Rank Anträge zum Haushalt, bei denen Sporteinrichtungen gegen Kultureinrichtungen „ausgespielt werden“.

Hier sei mehr Fingerspitzengefühl der Stadträte gefordert. Die Gleichbehandlung von Einrichtungen und Anerkennung der Arbeit, die dort in den letzten Jahren geleistet wurde, sei sehr wichtig.

Die Fraktion DIE LINKE stellt fest, dass die Verwaltung versucht hat, gerade im Bereich Kultur, Sport, Jugend die Mittel wie im Vorjahr zu belassen, sodass es keine allzu großen Einschnitte gäbe. Es sollte auf jeden Fall nach Möglichkeiten gesucht werden, um die Vereine und Einrichtungen aber auch die Gewerbetreibenden in der Stadt Plauen in der derzeit schwierigen Situation zu unterstützen.

Stadtrat Gerald Schuman, Vorsitzender der AfD-Fraktion, führt aus, dass der vorgelegte Doppelhaushalt die angespannte Haushaltslage widerspiegelt. Besonders die Abschmelzung der liquiden Mittel würden Handlungsspielraum in den nächsten Jahren deutlich einschränken.

Die AfD-Fraktion habe deshalb im Interesse der weiteren Handlungsfähigkeit der Stadt Plauen auf neue kostenverursachende Änderungsanträge zum Haushalt verzichtet und vorrangig Änderungsanträge zur Kosteneinsparung eingereicht. Dabei besitzen nach Meinung von Stadtrat Schumann vor allem die Personalkosten eine Schlüsselfunktion.

Die AfD-Fraktion bekennt sich klar zu den Bauvorhaben im Rahmen des Projektes Modellkommune Plauen.

Darüber hinaus sollen aber auch ausreichende Eigenmittel für die notwendige Sanierung und Erneuerung von Straßen, Brücken und Gehwegen bereitgestellt werden.

Diese anspruchsvolle Aufgabe sei nach Meinung von Stadtrat Schumann nur durch eine schrittweise Reduzierung der Personalkosten möglich. Dabei würde die gegenwärtige Situation der Abgänge durch Altersrente gute Chancen bieten, durch gezielte Umstrukturierungen Personal einzusparen.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, führt aus, dass auch ihre Fraktion sich nicht für einen Doppelhaushalt entschieden hätte, wenn die derzeitige Lage bereits vorher bekannt gewesen wäre. Stadträtin Pfeil merkt an, dass aufgrund von Großinvestitionen, die man sich leisten wolle, bei anderen Sachen gespart würde, die in den letzten Jahren eine sehr hohe Priorität hatten, u. a. der Stimmenanteil bzw. die Mitwirkung im Kulturraum.

Man erwartet im Laufe der heutigen Haushaltsbefassung ein klares Statement von Bürgermeister Zenner, wie er sich vorstellt, Kultureinrichtungen weiter zu finanzieren.

Erwartet wird auch von Frau Göbel, dass sie dem Stadtrat transparent darstellt, welche Auswirkungen dies hat und an welcher Stelle man zu einer Haushaltskonsolidierung kommen müsse.

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion hatte sich relativ klar ein paar Vorhaben vorgenommen, die im Haushalt umgesetzt werden sollten. U. a. der Bereich Beteiligung und Demokratie. Ein entsprechender Antrag zur Finanzierung der Stadtteile wurde allerdings wieder zurückgezogen, da der finanzielle Spielraum der Stadt Plauen hierfür derzeit nicht ausreichen würde.

Stadträtin Pfeil geht kurz auf die Anträge ihrer Fraktion ein, u.a. der Antrag zum Nachfolgeprojekt des „Runden Tisches“, der Einsatz von Streetworkern am Tunnel, die Kita-Beiträge und die Einrichtung einer weiteren halben Stelle für die Familienhebamme. Auch der Bereich Bau und Verkehr sei für die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion ein wichtiges Thema, u. a. das Fördergebiet Haselbrunn.

Stadträtin Pfeil führt weiter aus, dass mit dem Antrag zur Anhebung der Straßenreinigungsgebühren eine Deckungsquelle geschaffen werden soll, um die sozialen Einrichtungen der Stadt Plauen zu unterstützen.

Ob die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion dem Haushaltsplan 2021/2022 zustimmen könne, hängt nach Meinung von Stadträtin Pfeil auch von der heutigen Diskussion ab.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, hält es für wichtig, einen genehmigungsfähigen Haushalt zu beschließen, um Planungssicherheit zu erreichen.

Besonders wichtig seien dabei alle Vorhaben im Zusammenhang mit dem Projekt Modellkommune Plauen.

Stadtrat Gerbeth möchte hierzu gerne eine Aussage der Verwaltung bezüglich der Informationen vom Bund, dass die Stadt Plauen unter Umständen nur 5 % der Gesamtmittel übernehmen müsse.

Für die FDP-Fraktion sei es weiterhin wichtig, auch alle anderen Stadtteile und Ortsteile von Plauen nicht aus dem Blick zu verlieren. Deshalb begrüßt man, dass die Verwaltung die Anträge und Vorschläge verschiedener Fraktionen bezüglich eines zukünftigen Sanierungsgebietes Haselbrunn aufgenommen hat.

Bezüglich des möglichen Austritts der Stadt Plauen aus dem Kulturraum vertritt Stadtrat Gerbeth die Meinung, dass dies nun einmal Aufgabe des Landkreises sei und die Stadt Plauen derzeit nicht über die nötigen Mittel verfüge, um weiter Mitglied zu bleiben.

Stadtrat Gerbeth erläutert kurz die Anträge seiner Fraktion. So begrüße man es, dass das Bauvorhaben an der Karl-Marx-Grundschule in den Haushalt aufgenommen wurde.

Mit dem Antrag zur Straßberger Straße soll auf den dringenden Handlungsbedarf aufmerksam gemacht werden. Sollte der Antrag keine Mehrheit finden, erwartet die FDP-Fraktion, dass die Verwaltung Vorschläge unterbreitet, wie diese Straße in absehbarer Zeit wenigstens soweit ertüchtigt werden könne, dass sie ohne größere Gefährdung weiter befahren werden kann.

Der Antrag zur Erhöhung der Mittel für Zuschüsse an Kulturvereine wird aufrechterhalten.

Stadtrat Gerbeth führt hierzu aus, dass die beantragten Mittel in den Haushalt zurückfließen können, wenn diese nicht benötigt würden.

Der Antrag auf Miet- und Pachtminderung für Gastronomiebetriebe und Einzelhandelsunternehmen in städtischen Immobilien wird aufrechterhalten. Die Stadt Plauen könne damit eine Vorbildwirkung für andere erreichen.

Stadtrat Gerbeth wirbt um Zustimmung zu den Anträgen seiner Fraktion. Aber auch bei einer Ablehnung wird die FDP-Fraktion dem Beschluss des Gesamthaushaltes zustimmen.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, vertritt die Meinung, dass der Beschluss zur Aufstellung des Doppelhaushaltes 2021/2022 ein Fehler war, weil sich hierdurch die Kulturumlage im Jahr 2022 schlecht darstellen lasse.

Die langfristigen Folgen der Corona-Situation, können noch nicht abgeschätzt werden. Fakt sei nach Meinung von Stadtrat Schmidt allerdings, dass man auch zukünftig auf Hilfen von Landes- und Bundesseite angewiesen sein wird. Die Kürzung der investiven Schlüsselzuweisungen sei sehr bedauerlich. Hier wären alle in der Pflicht, in Richtung Landesregierung Dresden zu intervenieren und die Priorität der finanziellen Ausstattung der Kommunen deutlich hervorzuheben.

Stadtrat Schmidt führt weiter aus, dass man sich überlegen sollte, wie man mit öffentlichen Geldern in Zukunft umgeht. Die CDU-Fraktion geht davon aus, dass dies sehr verantwortungsvoll von der Verwaltung getan wird. Man geht auch davon aus, dass eine kosteneffiziente und sparsame Verwaltung für den Bürger angeboten wird.

Trotzdem sollte man sich Gedanken machen, wo es Einsparpotentiale gibt. Hier müssten die Personalkosten als ein nicht unwesentlicher Kostenblock in Betracht gezogen werden.

Stadtrat Schmidt betont an dieser Stelle, dass die CDU-Fraktion keinen Personalabbau in Größenordnung fordert.

Abläufe innerhalb der Verwaltung seien mit Hinblick auf die Digitalisierung zu evaluieren und eventuell nachzusteuern.

Stadtrat Schmidt erwähnt an dieser Stelle, dass die Verwaltung gut funktioniert, dies habe man gesehen bei der Unterstützung zum Erhalt von Impfterminen für Senioren. Die Corona-Pandemie würde aber auch zeigen, dass man noch immer unflexibel und bürokratisch aufgestellt sei. Auch hier gäbe es noch Handlungsbedarf.

Stadtrat Schmidt merkt an, dass eine mögliche Haushaltskonsolidierung nicht heißen dürfe, dass bei den freiwilligen Aufgaben gespart würde. Die Kulturumlage sollte deshalb erhalten bleiben.

Auch die CDU-Fraktion steht zu den Vorhaben im Zusammenhang mit dem Projekt Modellkommune Plauen. Allerdings würden die Eigenmittel den Haushalt der Stadt Plauen sehr belasten.

Die CDU-Fraktion habe mehrfach gefordert, städtische Grundstücke zu verkaufen, um eine mittelfristige Entlastung im Haushalt zu erreichen. Hier dürfe aber nicht das „Tafelsilber“ der Stadt Plauen zur Disposition stehen, so z. B. das Schloss Jößnitz, der städtische Wald oder die Burgsteinruine.

Die Verwaltung solle Vorschläge einreichen, wo Bauland bzw. Land für Industrieansiedlungen verkauft werden könne.

Wesentlicher Faktor, die Erträge nachhaltig zu steigern, sei nach Meinung von Stadtrat Schmidt perspektivisch die Steigerung der Gewerbesteuererinnahmen. Ziel könne es aber nicht sein, dies über eine Erhöhung der Hebesätze zu tun.

Stadtrat Schmidt führt weiter aus, dass es in der derzeit schwierigen Corona-Situation nicht Ziel sein könne, vom Bürger Abgaben und Steuern abzufordern. Deshalb sei man über den Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion zur Erhöhung der Straßenreinigungsgebühren verwundert.

Stadtrat Schmidt teilt mit, dass man mit den Anträgen der CDU-Fraktion versucht habe, klare Signale für die Kultur und für die Vereine der Stadt Plauen zu bringen.

Stadtrat Schmidt bittet um eine sachliche und faire Debatte zu den nachfolgenden Haushaltsanträgen.

Frau Ute Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, erläutert den technischen Ablauf zur Abstimmung der Haushaltsanträge:

Zu jedem der auf der heutigen Tagesordnung stehenden Anträge wird es eine entsprechende Präsentationsfolie geben, auf welcher die konkreten Auswirkungen auf die Beschlussfassung zum Haushalt 2021/2022 dargestellt sind.

Der Inhalt dieser o. g. Präsentationsfolien wird zu den entsprechenden beschlossenen Anträgen in die Niederschrift zur heutigen Sitzung aufgenommen. Daraus werden dann die endgültigen Werte der Haushaltssatzung ermittelt.

Es muss darauf geachtet werden, dass die Beschlussfassung zu den einzelnen Anträgen eindeutig ist, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten.

Sollten die Antragsteller mit den auf der Präsentationsfolie gezeigten Auswirkungen nicht einverstanden sein, dann müsste dies eindeutig benannt werden. Dies bezieht sich auch auf die genannten Deckungsquellen.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, sich zur anschließenden Befassung der Anträge kurz zu fassen. Ziel dabei soll es sein, einen genehmigungsfähigen Haushalt 2021/2022 zu beschließen.

4.1. Antrag 208-21 FDP-Fraktion

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Gastronomie- und Einzelhandelsunternehmen, die Gebäude, Räume oder Flächen von der Stadt Plauen gemietet oder gepachtet haben, wird für die Zeit, in der diese Unternehmen auf der Grundlage von Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie von Schließungen und/oder Einschränkungen ihrer Geschäftstätigkeit betroffen waren und sind, auf Antrag eine Minderung des Miet- oder Pachtbetrages in Höhe von 25 Prozent (25 von Einhundert) des Gesamtbetrages eingeräumt.

Die Miet- oder Pachtminderung kann rückwirkend bis zum 1. März 2020 erfolgen

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen; 14 Nein-Stimmen

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

4.2. Antrag 104-20 - CDU-Fraktion

Stadtrat Ingo Eckardt, CDU-Fraktion, führt kurz zum Antrag aus und bedankt sich für die Einarbeitung.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Inhalt des Antrages in den Haushalt eingearbeitet wurde.

Somit ist eine Abstimmung nicht notwendig.

4.3. Antrag 113-20 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, führt kurz zum Antrag aus.

Herr Steffen Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, teilt mit, dass der Antrag aus Sicht der Verwaltung nicht befürwortet werden kann. Es liegen keine ordentlichen Deckungsquellen vor.

Bürgermeister Zenner empfiehlt an dieser Stelle eher eine Erhöhung der Übungsleiterpauschale. Gleichzeitig schlägt Bürgermeister Zenner vor, die Übungsleiterpauschalen in diesem Jahr an die Vereine auszuzahlen, auch wenn die Übungsleiterstunden durch die aktuelle Corona-Situation nicht Anspruch genommen werden können.

Auf Nachfrage von Stadtrat Holtschke teilt Bürgermeister Zenner mit, dass eine Steigerung pro Übungsleiterstunde von ca. 1,50 EUR möglich wäre. Eine Deckungsquelle liegt dafür nicht vor.

Beschluss:

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion beauftragt die Stadtverwaltung, die Vereinsförderung für den überregionalen Wettkampfbetrieb für Kinder und Jugendliche i. H. v. 6.000,00 Euro auch im Kalenderjahr 2021 weiterhin zu bezuschussen.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen; 16 Nein-Stimmen

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 17/21-20

4.4. Antrag 132-20 - CDU-Fraktion

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, bedankt sich für die Einarbeitung. Er weist an dieser Stelle nochmals darauf hin, dass ein Verbleiben der Stadt Plauen im Kulturräum Vogtland wichtig sei.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Inhalt des Antrages in den Haushalt eingearbeitet wurde.

Somit ist eine Abstimmung nicht notwendig.

4.5. Antrag 157-20 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Der Antrag wurde von der Fraktion zurückgezogen. Die Verwaltung behandelt den Inhalt des Antrages als Prüfauftrag.

4.6. Antrag 177-21 - FDP-Fraktion

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Inhalt des Antrages in den Haushalt eingearbeitet wurde.

Somit ist eine Abstimmung nicht notwendig.

4.7. Antrag 194-21 - Fraktion DIE LINKE

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Inhalt des Antrages in den Haushalt eingearbeitet wurde.

Somit ist eine Abstimmung nicht notwendig.

4.8. Antrag 161-20 - CDU-Fraktion

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Inhalt des Antrages in den Haushalt eingearbeitet wurde.

Somit ist eine Abstimmung nicht notwendig.

4.9. Antrag 167-21 - CDU-Fraktion

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Inhalt des Antrages in den Haushalt eingearbeitet wurde.

Somit ist eine Abstimmung nicht notwendig.

4.10. Antrag 175-21 - FDP-Fraktion

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Inhalt des Antrages in den Haushalt eingearbeitet wurde.

Somit ist eine Abstimmung nicht notwendig.

4.11. Antrag 186-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Inhalt des Antrages in den Haushalt eingearbeitet wurde.

Somit ist eine Abstimmung nicht notwendig.

4.12. Antrag 165-21 - Ortschaftsrat Neundorf

Der Antrag wurde vom Ortschaftsrat Neundorf zurückgezogen.

4.13. Antrag 166-21 - CDU-Fraktion

TOP 4.13. Antrag 166-21 – CDU-Fraktion

TOP 4.21. Antrag 174-21 – CDU-Fraktion

Diese beiden Tagesordnungspunkte sollen gemäß Antrag der CDU-Fraktion – siehe TOP 1.1. – gemeinsam behandelt werden.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt der Anträge seiner Fraktion.

Herr Peter vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, trägt die Stellungnahme der Verwaltung (**zu Antrag 174-21**) vor. Er weist darauf hin, dass der VFC Plauen e. V. ein Erbbaurecht für das Gelände des Vogtlandstadions hat und somit auch die Verpflichtung der Investitionstätigkeit übernommen wurde.

Der Bewirtschaftungszuschuss an den VFC Plauen e. V. beträgt laut Vertrag derzeit 160 TEUR pro Jahr. Die Erhöhung des Bewirtschaftungszuschusses wird von der Verwaltung nicht empfohlen. Besser wäre hier eine Reduzierung des Eigenanteils des VFC Plauen e. V. von 20 TEUR auf 10 TEUR. Diese Reduzierung würde den Haushalt der Stadt Plauen im Moment nicht belasten.

Weiterhin führt Herr vom Hagen (zu Antrag 166-21) aus, dass der VFC Plauen e. V. die Verpflichtung hätte, die Sanierung der Duschräume als förderfähige Investitionsmaßnahme zu beantragen. Hierbei unterstützt die Stadt Plauen den Verein, soweit dies möglich ist. Um diesen Förderantrag in die Wege zu leiten, wurde durch Herrn Armbruster, technischer Leiter des Eigenbetriebes GAV, bereits Kontakt mit dem Verein aufgenommen.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass man auf diese 50 % investive Förderung für Sportanlagen verzichten würde, wenn dem Antrag so stattgegeben wird. Richtig wäre, ein Projekt zu erstellen, den entsprechenden Förderantrag zu stellen, um zu versuchen, die 50 % Förderung zu bekommen. Über die Art und Weise der Erbringung von Eigenanteilen könne dann immer noch gesprochen werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass für die Sanierung der Duschräume 10 TEUR im Haushaltsplanentwurf eingeplant werden, falls der Antrag der CDU-Fraktion heute keine Mehrheit findet.

Stadtrat Eric Holtschke, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, befürwortet diesem Vorschlag, da es dringenden Handlungsbedarf bei der Sanierung der Duschräume gäbe.

Stadtrat Holtschke reicht an dieser Stelle den nachfolgend benannten Änderungsantrag zum Antrag, Reg. Nr. 166-21, ein:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen: Die Kosten für die Sanierung der Duschräume beim VFC Plauen e. V. werden auf 35 TEUR begrenzt.

Stadtrat Holtschke begründet den Änderungsantrag. U. a. bietet er an, dass der VFC Plauen e. V. bereit sei, 10 % Eigenanteil in Form einer Eigenleistung bei den Baumaßnahmen zu erbringen, welche insbesondere Abbrucharbeiten von Trockenbauwänden und Fliesen darstellt.

Stadtrat Holtschke reicht einen weiteren nachfolgend benannten Änderungsantrag zum Antrag, Reg. Nr. 174-21, ein:

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion fordert neben der von der CDU-Fraktion geforderten Erhöhung des Bewirtschaftungszuschusses für den VFC Plauen e. V. lt. Antrag darüber hinaus die Prüfung und ggf. die Anpassung der kommunalen Zuschüsse aller anderen Vereine bis zur Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes 2023/2024.

Stadtrat Holtschke begründet diesen Änderungsantrag und bittet um Annahme als Prüfauftrag für die Verwaltung.

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt folgendes zu Protokoll:

Wenn der Antrag, **Reg. Nr. 174-21**, auf Zuschusserhöhung um 10 TEUR (auf dann 170 TEUR) abgelehnt würde, dann würde Oberbürgermeister Oberdorfer verwaltungsintern festlegen, dass der Zuschussvertrag mit dem VFC Plauen e. V. angepasst wird und dass für diese 160 TEUR Zuschuss nicht mehr wie bisher 20 TEUR Eigenleistung vom Verein erbracht werden müssen, sondern nur noch 10 TEUR.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, kritisiert die Deckungsquelle (e.o.plauen-Stiftung) zum Antrag, **Reg. Nr. 174-21**.

Oberbürgermeister Oberdorfer erläutert, dass die Deckungsquelle nicht Bestandteil des Beschlusses ist.

Oberbürgermeister Oberdorfer ruft den Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 174-21, zur Beschlussfassung auf.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt: Der Bewirtschaftungszuschuss an den VFC Plauen e.V. erhält für die nächsten 5 Jahre eine Erhöhung von je 10.000 Euro/Jahr als Dynamisierung.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen

Beschluss-Nr.: 17/21-21

haushaltsseitige Auswirkungen:

2021: + 10 TEUR Transferaufwendungen/Transferauszahlungen (Zuschuss an GAV)

2022: + 10 TEUR Transferaufwendungen/Transferauszahlungen (Zuschuss an GAV)

2023: + 10 TEUR Transferaufwendungen/Transferauszahlungen (Zuschuss an GAV)

2024: + 10 TEUR Transferaufwendungen/Transferauszahlungen (Zuschuss an GAV)

2025: + 10 TEUR Transferaufwendungen/Transferauszahlungen (Zuschuss an GAV)

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet nunmehr um Befassung zum Antrag der CDU-Fraktion, Reg. Nr. 166-21.

Er beschreibt hier noch einmal die bereits zu Anfrage benannte Vorgehensweise, der Fördermittelbeantragung und danach die Klärung der Eigenanteile.

Nach Meinung von Oberbürgermeister Oberdorfer wäre deshalb der Beschluss zum Antrag der CDU-Fraktion, **Reg. Nr. 166-21** nicht der richtige Weg und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass sich der Antragsteller vielleicht sogar korrigiert und diesen Weg mitgehen könnte.

Stadtrat Schmidt führt aus, dass natürlich versucht werden soll, die Fördermittel der Sportförderung in Anspruch zu nehmen.

Stadtrat Schmidt merkt an, dass der Änderungsantrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion unterstützt werden kann. Der VFC Plauen e. V. solle seinen Beitrag leisten und Eigenmittel erbringen. Die Kosten für die Sanierung würden auf 35 TEUR gesenkt, bei 5 TEUR Eigenmittel. Wenn die Fördermittel bewilligt würden, bräuchte die von Oberbürgermeister Oberdorfer vorgeschlagene Haushaltsposition nicht abgerufen werden. Aber heute solle vorsorglich dieser Beschluss gefasst werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt nunmehr den Änderungsantrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion zur Abstimmung.

Beschluss zum Änderungsantrag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt: Die Kosten für die Sanierung der Duschräume beim VFC Plauen e. v. werden auf 35 TEUR begrenzt. Als Deckungsquelle ist der nicht zu beschaffende Kassenautomat im Einwohnermeldeamt zu nennen.

Dem Änderungsantrag wird mit 26 Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschluss-Nr.: 17/21-22

haushaltsseitige Auswirkungen:

2021: + 35 TEUR - Transferaufwendungen/Transferauszahlungen (Zuschuss an GAV - > INST-Maßnahme)

Frau Göbel führt aus, dass die Verwaltung von einer 50 %igen Förderung der Maßnahme ausgegangen ist. Der Eigenanteil sollte durch Verein und Stadt geteilt werden.

Wenn die bereits erwähnten 10 TEUR nicht genügen, so müsste dies noch einmal klar fürs Protokoll definiert werden.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass dies bereits von Stadtrat Holtschke vorgetragen wurde.

4.14. Antrag 168-21 - CDU-Fraktion

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert über die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, folgt der Stellungnahme der Verwaltung. Er empfiehlt, diesem Antrag nicht zuzustimmen und verweist hierbei auf die negativen Folgen einer möglichen Haushaltskonsolidierung.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, teilt mit, dass ihre Fraktion eher zu einer Enthaltung bei der Abstimmung zu diesem Antrag tendiert.

Die SPD/Grüne/Initiative-Fraktion wünscht sich an dieser Stelle ein klares Statement von Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, sowie von Herrn Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, trägt ihre Stellungnahme zum Antrag vor. Wenn der Antrag beschlossen werden sollte, würde der Finanzmittelbestand bereits im Jahr 2023 deutlich im Minus sein. Dies hat ein Haushaltsstrukturkonzept zur Folge und mit Sicherheit auch Auswirkungen auf die Kreditgenehmigung. Wahrscheinlich würde die Kreditgenehmigung durch die Rechtsaufsicht sogar vollständig versagt werden.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, merkt an, dass er sich bisher noch nicht umfassend geäußert habe, da der Oberbürgermeister der Vertreter der Stadt Plauen im Kulturraum ist.

Bürgermeister Zenner führt aus, dass vieles im Kulturbeirat vorberaten wird und im Kulturkonvent dann nur noch zugestimmt wird. Es sei nicht bekannt, dass der Kulturkonvent Empfehlungen des Kulturbeirates nicht folgen würde. Wenn der Haushalt durch die Mitgliedschaft im Kulturkonvent gefährdet sei, so könne Bürgermeister Zenner dem nicht zustimmen.

Bürgermeister Zenner ist der Meinung, dass die Stadt Plauen mindestens 400 TEUR vom Vogtlandkreis für das Theater Plauen erhalten sollte. Pragmatisch betrachtet, sieht Bürgermeister Zenner die Gefahr nicht, dass bei einem Austritt aus dem Kulturkonvent Zuschüsse für die Plauener Kultureinrichtungen verloren gehen bzw. gekürzt würden. Die so genannte Mindestförderung gäbe es auf jeden Fall.

Nach Meinung von Bürgermeister Zenner sollte darauf geachtet werden, dass der Einfluss des Vogtlandkreises dazu führt, dass der Vogtlandkreis seiner Verantwortung gerecht wird. Er empfiehlt, hierzu das Gespräch mit dem Vogtlandkreis zu suchen.

Stadtrat Jörg Schmidt, CDU-Fraktion, stimmt zu, dass Gespräche über die Finanzierung mit dem Vogtlandkreis geführt werden müssten. Hierüber würde bereits seit 2013 debattiert. Aus Gesprächen mit der Geschäftsführerin und dem Generalintendanten des Plauener Theaters habe sich eine dringende Warnung ergeben, diesen Ausschluss jetzt zu vollziehen. Genau wie in den Vorjahren auch, sollte nach Meinung von Stadtrat Schmidt nur für die aktuell zu beschließenden Haushaltsjahre 2021 und 2022 die Kulturumlage beschlossen werden. Im weiteren Planungszeitraum bräuchten die Mittel nicht eingeplant werden, so dass man dadurch einen beschlussfähigen Haushalt erreichen würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass für 2021 bereits 740 TEUR eingeplant sind, da die Stadt Plauen in diesem Jahr Mitglied ist und sowieso zahlen muss.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus, weil dieser einen rechtmäßigen Haushaltsbeschluss gefährden würde. Man sollte sich im Klaren sein, was man als Kommune finanzieren könne.

Stadtrat Daniel Herold, Fraktion DIE LINKE, spricht sich für den Antrag aus. Wenn man sich die Politik des Vogtlandkreises der letzten Jahre in all den Bereichen betrachtet, in welchen die Stadt Plauen ihre Souveränität aufgeben musste (z. B. Jugendarbeit, Abfallentsorgung), so waren dies nach Meinung von Stadtrat Herold „alles keine Erfolgsgeschichten“. Dies befürchtet Stadtrat Herold nun auch für die Kultur in Plauen, speziell für die kleineren Vereine. Deshalb spricht er sich gegen den Austritt aus dem Kulturraum aus.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Vogtlandkreis (genau wie der Landkreis Zwickau) Pflichtmitglied im Kulturraum ist und die Eigenanteile erbringen muss, um die zwei Drittel Förderung des Freistaates Sachsen für das ganze Vogtland zu erhalten. Die Städte Plauen und Zwickau sind freiwillige Mitglieder.

Stadtrat Prof. Dr. Kowalzik merkt an, dass die Einstellung der 740 TEUR nur für das Jahr 2022 beantragt wurde.

Frau Göbel teilt mit, dass diese Aussage nicht richtig ist. Im Antrag steht ausdrücklich **2022 ff** (= fortfolgende). Dies wurde so verstanden, dass es sich auf den weiteren Finanzplanungszeitraum bezieht.

Oberbürgermeister Oberdorfer legt dar, dass Stadtrat Prof. Dr. Kowalzick somit den Antrag geändert hat und nur für das Jahr 2022 beschlossen werden soll.

Dem wird aus der CDU-Fraktion zugestimmt.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzick, CDU-Fraktion, stellt den Geschäftsordnungsantrag auf namentliche Abstimmung.

Oberbürgermeister Oberdorfer folgt diesem Geschäftsordnungsantrag und lässt nunmehr namentlich über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt: Die Kulturraumumlage ist auch im Jahr 2022 einzuplanen.

Namentliche Abstimmung:

Stimmberechtigtes Mitglied	Abstimmung
Bindl, Andre	Nein
Blehschmidt, Dieter	Ja
Dieke, Mario	Nein
Eckardt, Ingo	Ja
Fiedler, Thomas	Enthaltung
Gentsch, Tony	Nein
Gerbeth, Sven	Nein
Glied, Alexandra	Ja
Golle, Stefan	Ja
Gruber, Lars	Enthaltung
Hering, Ronny	Nein
Herold, Daniel	Ja
Holtschke, Eric	Enthaltung
Kämpf, Tobias	Ja
Knabe, Kerstin	Nein
Kowalzick, Prof. Dr. Lutz	Ja
Lochmann, Steve	Nein
Mahler, Thomas	Enthaltung
Pfeil, Juliane	Enthaltung

Stimmberechtigtes Mitglied	Abstimmung
Przisambor, Danny	Nein
Rank, Petra	Ja
Rüdiger, Tobias	Enthaltung
Rust, Mirko	Nein
Salzmann, Thomas	Ja
Schaufel, Frank	Nein
Schmidt, Jörg	Ja
Schulze, Stephan	Nein
Schumann, Gerald	Nein
Schumann, Sabine	Nein
Schwarz, Maik	Nein
Seidel, Uta	Nein
Steffen, Gerd	Enthaltung
Stubenrauch, Bernd	Ja
Zierold, Diana	Enthaltung
Oberbürgermeister Oberdorfer	Nein

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen; 16 Nein-Stimmen; 8 Stimmenthaltungen

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Beschluss-Nr.: 17/21-23

4.15. Antrag 169-21 - CDU-Fraktion

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, erklärt sich für diesen Tagesordnungspunkt für befangen und nimmt im Gästebereich Platz.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, trägt die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung vor.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, kann den Ausführungen von Herrn Schäfer folgen, sieht sich selbst aber etwas im Zwiespalt und wird sich deshalb bei der Abstimmung enthalten.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, führt aus, dass man hier zwei Dinge sehen sollte: Einerseits, dass der Joel Verein beim Landratsamt Vogtlandkreis als öffentlicher Träger der Kinder- und Jugendarbeit bisher nicht anerkannt wurde. Andererseits den Zuschuss von 5.500 EUR, der für anderen Zwecke dem Verein zur Verfügung gestellt werden soll. Prinzipiell könnte Stadtrat Gerbeth ohne die Verwendung der im Antrag genannten Deckungsquelle dem Antrag zustimmen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die Gelder der nicht besetzten Stelle Streetworker nach Richtlinie soll zur Unterstützung des CVJM -Joel e.V., Kinder- und Teenietreff in Preißelpöhl, eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: 21 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen; 1 Befangen
Beschluss-Nr.: 17/21-24

haushaltsseitige Auswirkungen:

2021: + 5,5 TEUR Transferaufwendungen/Transferauszahlungen

2022: + 5,5 TEUR Transferaufwendungen/Transferauszahlungen

4.16. Antrag 207-21 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)

Stadtrat Tony Gentsch, fraktionsloser Stadtrat, erläutert den Inhalt seines Antrages.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt, den Zuschuss in Höhe von 8.000 Euro an die Ev. Luth. St. Johanniskirche für „Runder Tisch für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.
Beschluss-Nr.: 17/21-25

4.17. Antrag 187-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Stadträtin Zierold bittet um namentliche Abstimmung zum Antrag der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion.

Oberbürgermeister Oberdorfer sieht keine Voraussetzung für eine namentliche Abstimmung des Antrages. Hierzu müsste eine Mehrheit im Stadtrat gefunden werden.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus und erläutert dies.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, teilt mit, dass seine Fraktion auch in einem Nachfolgebündnis mitwirken würde. Allerdings sollte man sich über ein paar Dinge ernsthaft Gedanken machen. Er habe selbst im letzten Jahr miterlebt, dass einzelne Akteure des „Runden Tisches“, der ja für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage steht, gegen einen Akteur (von der CDU) in einer Art und Weise Stellung bezogen haben, die er nicht gutheißt.

Stadtrat Gerbeth erwartet vom „Runden Tisch“, dass er für die vorab genannten Werte auch weiterhin eintritt, aber nicht nur, wenn Brandsätze auf Moscheen oder Synagogen usw. geworfen werden, sondern auch dann, wenn einzelne Straftäter in Asylbewerberunterkünften Brände legen und damit das Leben von vielen Menschen in Gefahr bringen.

Stadtrat Dieter Blechschmidt, CDU-Fraktion, geht noch einmal auf das Wort „Nachfolgeorganisation“ ein. Wenn es eine solche wäre, dann könnte er durchaus der Argumentation der Verwaltung folgen. Dem sei aber nicht so. Die Johanniskirche habe nicht ohne Grund die Trägerschaft des „Runden Tisches“ abgegeben. Der „Runde Tisch“ würde nach Meinung von Stadtrat Blechschmidt deutlich weniger als 50 % des Meinungsspektrums der Stadt Plauen widerspiegeln.

Stadträtin Zierold führt zu den Argumentationen von Stadtrat Blechschmidt aus, dass die Johanniskirche nur die Trägerschaft aufgegeben habe, sie sei weiter Mitglied und würde die Arbeit des „Runden Tisches“ maßgeblich unterstützen. Nunmehr gäbe es Gespräche mit weiteren potentiellen Trägern. Mit der o. g. Aussage zum Meinungsspektrum, würde man sich „automatisch raus katapultieren“. Manche Diskussion fand auch Stadträtin Zierold als unwürdig. Dies wäre im Nachgang diskutiert worden.

Stadtrat Blechschmidt möchte „die Falschaussage“ von Stadträtin Zierold korrigieren. Er ist selbst Kirchvorsteher. Er gibt ausdrücklich zu Protokoll: „Die Johanniskirche ist nicht Mitglied ihres Runden Tisches.“

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die eingeplanten Gelder für die Koordination des Runden Tisches für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage im Vogtlandkreis gehen an seine Nachfolgeorganisation „Bündnis für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage“.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen; 19 Nein-Stimmen

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt

Beschluss-Nr.: 17/21-26

4.18. Antrag 170-21 - CDU-Fraktion

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass es in den Schulen einen Etat für politische Bildungsreisen und für Demokratie-Projekte gibt.

Stadtrat Mirko Rust, AfD-Fraktion, führt aus, dass die AfD-Fraktion den Antrag unterstützen kann.

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, spricht sich gegen den Antrag aus.

Stadtrat Tony Gentsch, fraktionsloser Stadtrat, fragt nach, was mit dem Geld (8.000 EUR) passiert, wenn dieser Antrag auch abgelehnt würde.

Frau Göbel, Fachdienstete für das Finanzwesen, antwortet, dass die Verwaltung das Geld im Haushalt eingestellt hat.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass die 8.000 EUR dann „übrig bleiben“, aber dennoch „nicht zu überquellenden Kassen“ führen würde.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Der Zuschuss an die Ev.-Luth. St. Johanniskirchgemeinde als Koordinierungsstelle des Runden Tisches für Demokratie, Toleranz und Zivilcourage ist durch Auflösung des Runden Tisches nicht mehr auszu zahlen, da die Aufgabe nicht mehr besteht. Der Betrag ist ab2022 für Projekte zur Demokratiebildung einzusetzen. Im Bildungs- und Sozialausschuss sind Vorschläge zur Abstimmung einzubringen.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen; 15 Nein-Stimmen;

Beschluss-Nr.: 17/21/27

haushaltsseitige Auswirkungen:

2021: ./ 8 TEUR Transferaufwendungen/Transferauszahlungen (Streichung der Mittel)

4.19. Antrag 171-21 - CDU-Fraktion

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Oberdorfer spricht sich gegen den Antrag aus. Der Betrag von 12.000 EUR sieht er hier als unangemessen.

Beschluss:

Der Stadtrat beauftragt die Gebäude- und Anlagenverwaltung eine Baugenehmigung für ein Ballfangnetz auf dem Schulhofgelände der Grundschule Reusa zu beantragen und dieses anschließend zu errichten. Laut Aussage der GAV betragen die Kosten ca. 12.000 EUR brutto.

**Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird bei 9 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
Beschluss-Nr.: 17/21-28**

4.20. Antrag 173-21 - CDU-Fraktion

Oberbürgermeister Oberdorfer schlägt vor, dass die Verwaltung versucht, einen Optionsvertrag für ein geeignetes Grundstück zu erhalten. Im Vertrag soll enthalten sein, zu welchen Bedingungen die Stadt Plauen dieses Grundstück kaufen könnte. Danach soll eine Planung bzw. die entsprechenden Abstimmungen vorgenommen werden.

Die CDU-Fraktion nimmt diesem Vorschlag an und zieht den Antrag zurück.

4.21. Antrag 174-21 - CDU-Fraktion

TOP 4.13. Antrag 166-21 – CDU-Fraktion

TOP 4.21. Antrag 174-21 – CDU-Fraktion

Diese beiden Tagesordnungspunkte sollen gemäß Antrag der CDU-Fraktion – siehe TOP 1.1. – gemeinsam behandelt werden.

Diskussion und Beschluss – siehe TOP 4.13.

4.22. Antrag 176-21 - FDP-Fraktion

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, bittet um Auskunft von Bürgermeister Zenner, ob und wie derzeit die Mittel abgerufen werden.

Herr Zenner, Bürgermeister Geschäftsbereich I, erläutert die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung. Viele Vereine haben im letzten Jahr Gelder zurückgegeben, da viele Veranstaltungen nicht durchgeführt werden konnten. In der 2. Jahreshälfte 2020 wurde ein Fonds aufgestellt, bei dem in Not geratene Vereine Gelder beantragen konnten. Man geht davon aus, dass auch dieses Jahr wieder Gelder zurückgegeben werden. Es wird vorgeschlagen, genau wie im Vorjahr, wieder einen Fonds für in Not geratene Vereine aufzulegen.

Stadtrat Sven Gerbeth, Vorsitzender der FDP-Fraktion, legt hierzu dar, dass aus verschiedensten Gründen nicht bei allen Antragstellern die vollständig beantragte Summe bewilligt wurde.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, bittet darum, darauf zu achten, dass alle Mitglieder des Stadtrates einen Mund-Nasen-Schutz vollständig tragen.

Oberbürgermeister Oberdorfer weist darauf hin, dass alle Anwesenden, die nicht am Mikrofon sprechen, ihre Masken ordentlich aufzusetzen haben.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Erhöhung der Mittel zum oben genannten Schlüsselprodukt

- 1.) für die Förderung kultureller Vereine und freier Träger der Kultur im Jahr 2021 um 6 TEUR auf 46 TEUR
- 2.) für die Förderung kultureller Vereine und freier Träger der Kultur im Jahr 2022 um 6 TEUR auf 46 T EUR

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen

Beschluss-Nr.: 17/21-29

haushaltsseitige Auswirkungen:

2021: + 6 TEUR Transferaufwendungen/Transferauszahlungen

2022: + 6 TEUR Transferaufwendungen/Transferauszahlungen

4.23. Antrag 178-21 - FDP-Fraktion

Stadträtin Kerstin Knabe, FDP-Fraktion, führt aus, dass es wichtig wäre, den Inhalt des Antrages als Prüfauftrag aufzunehmen.

Damit wird der Antrag zurückgezogen.

4.24. Antrag 179-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Der Antrag wird von der Fraktion zurückgezogen.

4.25. Antrag 180-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Stadträtin Diana Zierold, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Antrag Ihrer Fraktion. Dem Vorschlag der Verwaltung wird gefolgt.

Der Antrag wird von der Fraktion zurückgezogen.

4.26. Antrag 181-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Der Antrag wurde von der Fraktion zurückgezogen.

4.27. Antrag 182-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Der Antrag wurde von der Fraktion zurückgezogen.

4.28. Antrag 183-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Stadtrat Gerd Steffen, SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, teilt mit, dass die Straßenreinigungsgebühren nach dem Kommunalabgabengesetz kostendeckend umzulegen ist. Die Straßenreinigungsgebührensatzung wird in diesem Jahr neu kalkuliert und bis Jahresende allen Fraktionen und Ortschaftsräten vorgestellt.

Die Verwaltung nimmt sich des Antrages an.

Somit ist keine Abstimmung notwendig.

4.29. Antrag 184-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Oberdorfer macht an dieser Stelle noch einmal auf das Kostendeckungsprinzip der Straßenreinigungsgebühren aufmerksam, welche im vorliegenden Antrag als Deckungsquelle angegeben wurden.

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, trägt die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung vor. Durch den Beschluss würde die Gefahr bestehen, dass insbesondere der Elternbeitrag für einen Krippenplatz ab 2022 unter die gesetzlich festgelegten 15 % Mindestbeitrag fallen könnte und weil daraus nach der Prognose der Stadt Plauen ein Fehlbetrag von 36 TEUR entstehen könnte.

Oberbürgermeister Oberdorfer ergänzt, dass mit diesem Antrag der Beschluss des Stadtrates der Stadt Plauen aufgehoben würde. Die Stadt Plauen ist bereits an der Untergrenze der gesetzlich zu erhebenden Elternbeiträge.

Stadträtin Pfeil legt dar, dass die Erhebung von Elternbeiträgen unter der 15 %-Grenze rechtlich möglich sei. Der Antrag sei somit nicht gesetzeswidrig.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, informiert nunmehr über die Stellungnahme des Justizars Herrn Giller. Sie legt u. a. dar, dass in der derzeitigen schwierigen Haushaltssituation das Ermessen stark eingeschränkt sei und die Rechtsaufsichtsbehörde mitteilt, dass die Stadt Plauen an die „Soll-Vorschrift“ (Erhebung ab 15 %) gebunden ist.

Frau Göbel erinnert an die Situation in 2015, als bereits eine Haushaltskonsolidierung verhängt wurde. Die Stadt Plauen habe sich von der damals festgelegten Maßnahme zugunsten der Plauener Kinder entfernt und man sei jetzt dazu übergegangen, sich an der gesetzlichen Mindestgrenze orientieren zu wollen. Die Diskussion darüber, diese Mindestgrenze nunmehr sogar unterschreiten zu wollen, ist nach Meinung von Frau Göbel nicht mehr vertretbar. Auch die Rechtsaufsichtsbehörde würde das so sehen.

Oberbürgermeister Oberdorfer wird das entsprechende Schreiben der Rechtsaufsichtsbehörde zu diesem Thema allen Fraktionen zur Verfügung stellen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die Kitaelternbeiträge werden auf dem Stand von 2019 eingefroren. Die Stadtverwaltung wird beauftragt dem Stadtrat eine entsprechend Elternbeitragssatzung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen; 19 Nein-Stimmen

Der Antrag wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 17/21/30

4.30. Antrag 185-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Der Antrag wurde von der Fraktion zurückgezogen.

4.31. Antrag 188-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, trägt die ablehnende Stellungnahme der Verwaltung vor.

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass die Familienhebamme der Stadt Plauen eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden Mitarbeiter/innen des Vogtlandkreises (Also Verein und Brücken Verein) anstreben müsste, was wohl derzeit nicht gegeben sei.

Weiterhin führt Stadträtin Seidel aus, dass die Familienhebamme eine Förderung durch den Vogtlandkreis erhalten könnte, wenn sie gemäß den Vorgaben der Richtlinie der Sächsischen Staatsregierung vom 27.12.2019 mehr arbeiten würde.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, dass Bürgermeister Zenner sich zu diesem Thema mit dem Beigeordneten Herrn Drechsel berät und eine Zusammenarbeit vom Vogtlandkreis aber auch von der Familienhebamme eingefordert wird.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Das Angebot der Familienhebamme wird um eine weitere halbe Stelle zu erweitert.

**Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird bei 9 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.
Beschluss-Nr.: 17/21-31**

4.32. Antrag 189-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Der Antrag wurde von der Fraktion zurückgezogen.

4.33. Antrag 190-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Der Antrag wurde von der Fraktion zurückgezogen.

4.34. Antrag 191-21 - SPD/Grüne/Initiative-Fraktion

Stadträtin Juliane Pfeil, Vorsitzende der SPD/Grüne/Initiative-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass sich die Verwaltung des Antrages wie folgt annimmt:

Punkt 1: im Juni 2021 erfolgt der Baubeschluss

Punkt 2: hier könne man nicht einfach eine Zahl festlegen

Punkt 3: wird im Mai 2021 den Stadträten zugeleitet - Abstimmung dazu soll in der Stadtratssitzung im Juni 2021 erfolgen

Punkt 4: erfolgt, sobald es möglich ist

Stadträtin Pfeil bedankt sich dafür.

Aufgrund der derzeitigen Situation regt sie an, bezüglich des Punktes 4 auch auf digitale Möglichkeiten zurückzugreifen.

Zu Punkt 2 führt Stadträtin Pfeil aus, dass es wichtig sei, die Kosten im Blick zu behalten.

Der Antrag wird von der Fraktion zurückgezogen.

4.35. Antrag 192-21 - Fraktion DIE LINKE

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, erläutert den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet darum, über die mögliche Einsparung des Sicherheitsdienstes zu sprechen, wenn die Pandemie vorbei ist.

Dies wird von der Fraktion befürwortet.

Der Antrag wird von der Fraktion zurückgezogen.

4.36. Antrag 193-21 - Fraktion DIE LINKE

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass der Inhalt des Antrages in den Haushalt aufgenommen wurde.

Somit wird der Antrag von der Fraktion zurückgezogen.

4.37. Antrag 195-21 - Fraktion DIE LINKE

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, führt aus, wenn versucht wird, Kosten zu reduzieren (siehe TOP 4.34.), dann zieht die Fraktion den Antrag zurück.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, dass der Bau einer Sporthalle ohne Zuschauerplätze seiner Meinung nach eine Fehlentscheidung sei.

Es würde keinen Sinn ergeben, noch einmal eine Halle in Plauen zu bauen, die nur über Zuschauerplätze verfügt, wie es an anderer Stelle schon ermöglicht werden könne (Kurt-Helbig-Sporthalle).

4.38. Antrag 197-21 - Fraktion DIE LINKE

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE, erläutert den Inhalt des Antrages.

Oberbürgermeister Oberdorfer führt aus, es sei richtig, dass man als Eigentümer Verpflichtungen hat. Die höhere Verbindung zur Burgsteinruine müsste aber seiner Meinung nach die Gemeinde Weischlitz haben.

Oberbürgermeister Oberdorfer denkt, dass es besser sei, wenn die Gemeinde Weischlitz dieses Gebiet der Burgsteinruine übernehmen und ggf. mit dem Vogtlandkreis zusammen diese Tourismusregion sichern würde.

Möglich wäre auch die Übernahme der Burgsteinruine durch den Verein. Hier bestünde dann die Möglichkeit der Beantragung von Fördermitteln.

Gerne würde Oberbürgermeister Oberdorfer nach Beauftragung durch den Stadtrat in dieser Angelegenheit mit der Gemeinde Weischlitz bzw. dem Vogtlandkreis und dem Verein sprechen.

Stadtrat Prof. Dr. Lutz Kowalzik, CDU-Fraktion, hält es schon für sinnvoll, die Burgsteinruine weiter im Besitz der Stadt Plauen zu behalten, genauso, wie das Hermann-Vogel-Haus, da hier eine Einheit bestünde. Gleichzeitig sollte die Stadtverwaltung aufgefordert sein, den Verein zum Erhalt der Burgruine bei der Beantragung von Fördermitteln zu unterstützen.

Herr vom Hagen, Leiter Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung, informiert, dass die Mauerkrone der Burgsteinruine selbst nicht so desolat sei, dass von ihr eine Gefahr ausgeht. Es wurde regelmäßig kontrolliert, Reparaturarbeiten durchgeführt, und der Bewuchs an der Mauer entfernt.

Die Artikel hierzu in der örtlichen Presse beschreiben meist den ruinösen Zustand einer herausgebrochenen Wendeltreppe. Von diesem Bereich geht aber auch keine Gefahr für Besucher der Burgsteinruine aus. Dieser Bereich wurde in den 90er Jahren nicht aufwendig saniert.

Man hat dieses Stück damals bewusst ausgeklammert und sich nur um den erschlossenen Teil der oberen Burgsteinruine gekümmert.

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob Reparaturmaßnahme für die Mauerkrone der Burgsteinruine in Krebs in die Planung 2021 mit aufgenommen werden können.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen; 4 Nein-Stimmen

Beschluss-Nr.: 17/21-32

4.39. Antrag 200-21 - AfD-Fraktion

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, führt aus, dass den Personalkosten bei der Kostenreduzierung in den nächsten Jahren eine Schlüsselfunktion zukommen würde. Der Generationsübergang bei den Beschäftigten sollte hierbei genutzt werden, um entsprechende Lösungsansätze zu erarbeiten. Die Verwaltung sollte sich diesen Antrag zu eigen machen. Hierfür gäbe es bereits gute Ansätze, u. a. durch die zugesagte regelmäßige Information über die Personalkostensituation im Verwaltungsausschuss durch das Fachgebiet Personal/Organisation.

Unter diesen Voraussetzungen würde die Fraktion ihren Antrag zurückziehen.

4.40. Antrag 201-21 - AfD-Fraktion

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, erläutert den Inhalt des Antrages.

Für die AfD-Fraktion sei es wichtig, mindestens 5 TEUR – 10 TEUR an Planungskosten für die WC-Anlage mit Wickelraum in den Haushalt einzustellen, um eine gewisse Sicherheit zu haben. Als Deckungsquelle bietet Stadtrat Schumann nicht benötigte und an die Verwaltung zurückgegebene Fraktionsgeschäftsführungskosten seiner Fraktion an.

Frau Kerstin Wolf, Bürgermeisterin Geschäftsbereich II, teilt mit, dass gemeinsam mit der Werner-Poller-Stiftung, die das Areal der ehemaligen Sternquellbrauerei unter der Friedensbrücke erworben hat, ein Förderantrag gestellt wurde.

Es soll versucht werden, im Rahmen eines Klimaschutzprogrammes Fördermittel zu bekommen, womit man den Bereich der Syra aufwerten könne (Grünflächen schaffen, Radwege ausbauen).

Die Toiletten, die auf dem Areal der Brauerei errichtet werden sollen, könnten dann öffentlich zur Verfügung stehen. Ein Zugang zum Gelände der Parkeisenbahn soll mit einer Brücke über die Syra geschaffen werden.

Bürgermeisterin Wolf begrüßt es sehr, dass ein kleiner Obolus von ca. 5 TEUR für Planung zur Verfügung gestellt werden soll. Seitens der Kämmerei wurde signalisiert, dass dies in den Haushalt eingeordnet werden könnte.

Oberbürgermeister Oberdorfer unterstützt den Vorschlag der AfD-Fraktion auch mit der von Stadtrat Schumann angebotenen Deckungsquelle.

Frau Göbel, Fachbedienstete für das Finanzwesen, schlägt vor, den Antrag zurückzuziehen und die Einstellung der Mittel im Haushaltsvollzug zu regeln.

Die AfD-Fraktion stimmt dem zu und zieht ihren Antrag zurück.

4.41. Antrag 204-21 - AfD-Fraktion

Stadtrat Gerald Schumann, Vorsitzender der AfD-Fraktion, freut sich, dass dieser Antrag bereits als Arbeitsauftrag von der Verwaltung aufgenommen wurde.

Somit ist eine Abstimmung zum Antrag nicht notwendig.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass über eine Haushaltsstelle beim Eigenbetrieb Gebäude- und Anlagenverwaltung deutliche Graffiti-Schutzmaßnahmen herbeigeführt werden sollen. Ein entsprechender Bericht Eigenbetrieb GAV erfolgt zum Ende dieses Jahres.

4.42. Antrag 205-21 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)

Stadtrat Tony Gentsch, fraktionsloser Stadtrat, erläutert seinen Antrag.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt fest, dass die Mehrheit des Stadtrates sich nicht gegen die Freiwilligen Feuerwehren ausspricht, sondern dass der Haushaltsansatz dafür realistisch geplant sei.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten von jährlich 60.750 Euro auf jährlich 65.000 EUR zu erhöhen.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 17/21-33

4.43. Antrag 206-21 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass auch hier die Mehrheit des Stadtrates gegen den Antrag spricht, mit der Begründung, dass auch hier ordentlich geplant sei.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Die Aufwendungen für die Jugendfeuerwehr von jährlich 1.781 Euro auf jährlich 5.000 Euro zu erhöhen

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 17/21-34

4.44. Antrag 210-21 Fraktion DIE LINKE

Stadträtin Uta Seidel, Fraktion DIE LINKE, erläutert den Antrag ihrer Fraktion.

Herr Schäfer, Leiter Fachbereich Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert an dieser Stelle die gesetzliche Regelung, die im Förderverfahren eine Rolle spielt.

Weiterhin führt er folgendes sinngemäß aus: Wenn die Träger der Jugend- und Verbandsarbeit durch die Corona-Krise nicht in der Lage sind, in 2021 ihren Eigenanteil zu erbringen und dies gegenüber dem Jugendamt Vogtlandkreis nachweisen können, dann ist nach dem Verständnis der gesetzlichen Grundlagen das Jugendamt Vogtlandkreis verpflichtet, diese 5 % (Eigenanteil) aufzubringen, um die Gesamtfinanzierung der Maßnahme sicher zu stellen.

Das Anliegen des Antrages der Fraktion DIE LINKE kann nicht unterstützt werden, da nach Meinung der Stadtverwaltung Plauen das Jugendamt des Vogtlandkreises hier Verantwortung tragen muss – und wie bereits zugesagt wurde – die Verantwortung auch tragen möchte.

Gemäß SGB VIII haben die Träger einen angemessenen Eigenanteil zu erbringen, sonst gibt es keine Förderung.

Wenn gar kein Eigenanteil erbracht werden kann, könnte demzufolge keine Förderung erfolgen. Dafür gibt es dann eine Härtefallregelung, die nur das Jugendamt Vogtlandkreis entscheiden kann.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt den Antrag, Reg. Nr. 210-21, der Fraktion DIE LINKE, nicht zur Abstimmung zu, um die Gesamtförderung nicht zu gefährden.

Stadtrat Maik Schwarz, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass nach den oben aufgeführten Ausführungen von Herrn Schäfer der Antrag zurückgezogen wird.

4.45. Antrag 213-21 - Stadtrat Tony Gentsch (fraktionslos)

Stadtrat Tony Gentsch, fraktionsloser Stadtrat, erläutert den Inhalt seines Antrages.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt:

Sämtliche Plauener Geschäfte, die während der Coronakrise für mindestens einen Monat schließen mussten, erhalten nach ihrer Wiedereröffnung, auf Antrag, einen Gutschein für eine kostenlose Standard-Werbeanzeige in der Zeitung „Plauener Stadtnachrichten“.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wird bei 1 Ja-Stimme mehrheitlich abgelehnt.

Beschluss-Nr.: 17/21-35

Oberbürgermeister Oberdorfer bittet nunmehr um Abstimmung des Gesamtbeschlusses zum Haushalt der Stadt Plauen für die Jahre 2021/2022.

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Diesem Antrag folgen die Mitglieder des Stadtrates.

Stadtrat Jörg Schmidt, Vorsitzender der CDU-Fraktion, beantragt im Namen seiner Fraktion, dass die Haushaltssatzung dahingehend geändert werden soll, dass nur über das Jahr 2021 abgestimmt werden soll.

Oberbürgermeister Oberdorfer teilt mit, dass dies nicht möglich ist. Im Vorfeld wurde vom Stadtrat der Stadt Plauen die Aufstellung eines Doppelhaushaltes beschlossen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt den am 15.12.2020 vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2021/2022 mit den in den Anlagen aufgezeigten Veränderungen sowie die Haushaltssatzung der Stadt Plauen für die Haushaltsjahre 2021/2022 in der sich daraus unter Berücksichtigung beschlossener Anträge ergebenden endgültigen Fassung.

Namentliche Abstimmung:

Stimmberechtigtes Mitglied	Abstimmung
Bindl, Andre	Ja
Blehschmidt, Dieter	Nein
Dieke, Mario	Ja
Eckardt, Ingo	Enthaltung
Fiedler, Thomas	Ja
Gentsch, Tony	Nein
Gerbeth, Sven	Ja
Glied, Alexandra	Ja
Golle, Stefan	Enthaltung
Gruber, Lars	Ja
Hering, Ronny	Ja
Herold, Daniel	Nein
Holtschke, Eric	Ja
Kämpf, Tobias	Ja
Knabe, Kerstin	Ja
Kowalzik, Prof. Dr. Lutz	Nein

Stimmberechtigtes Mitglied	Abstimmung
Mahler, Thomas	Enthaltung
Pfeil, Juliane	Ja
Przisambor, Danny	Ja
Rank, Petra	Nein
Rüdiger, Tobias	Enthaltung
Rust, Mirko	Ja
Salzmann, Thomas	Nein
Schaufel, Frank	Ja
Schmidt, Jörg	Nein
Schumann, Gerald	Ja
Schumann, Sabine	Ja
Schwarz, Maik	Enthaltung
Seidel, Uta	Enthaltung
Steffen, Gerd	Ja
Stubenrauch, Bernd	Ja
Zierold, Diana	Ja
Oberbürgermeister Oberdorfer	Ja

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen; 7 Nein-Stimmen; 6 Stimmenthaltungen

Beschluss-Nr.: 17/21-36

5. Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

keine Anfragen

Plauen, den

Plauen, den

Ralf Oberdorfer
Oberbürgermeister

Petra Rank
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Peggy Glaß
Schriftführerin

Sabine Schumann
Stadträtin